Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen
und des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

Nr. 01/12 – 22. Februar 2012
12. Jahrgang

ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

A 52 –
Dreck und Lärm für Gladbeck
Seite 3

Neues von den
Schlapphüten
Seite 12

Soziales in Essen:
Verhärtete Armut
Seite 7

Das Anti-Rassismus-Telefon
„Und angefangen haben immer die Afrikaner“
Seite 6

& Kurz Knapp

Mehr Spannung im Rat

Ratsfrau Julia Kahle-Hausmann hat die Grüne Fraktion verlassen. Damit schrumpft die Mehrheit des Viererbündnisses aus CDU/Grünen/FDP/EBB auf eine Stimme. Das macht Abstimmungen wieder spannend. Zumal ein weiteres Ratsmitglied aus den Reihen des Viererbündnisses schon öffentlich Sympathie bekundet hat.

Verrechnet

... hat sich Kämmerer Klieve (CDU) beim Haushalt 2012. Frohen Mutes wollte das Viererbündnis die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland um 4 Mio. Euro senken und hatte das Fell des Bären schon verteilt. Im LVR gelang nur ein Kompromiss, und der wird jetzt teuer. Der Stadt fehlen 1,7 Mio. Euro. Der Kämmerer ist ratlos: Erst im Herbst will er verraten, wie er das ausgleicht.

Um Centbeträge

... geht es bei den Schultoiletten. Da die Stadt – dank 1.000-Stellen-Sparbeschluss – kein Personal bereit stellt, bleiben viele teuer sanierte Örtchen dicht. Nun sammeln Eltern „freiwillige“ Toilettenbeiträge, um selber Aufsichtspersonal einzustellen, weil Dezernent Renzel (CDU) untätig bleibt. DIE LINKE meint: Das stinkt zum Himmel!

Kinder-Frühfördung weggekürzt

Die Gunst der Stunde nutzte Sozialdezernent Renzel, um nach dem Weggang einer leitenden Kinderärztin die Interdisziplinäre Frühförderstelle dicht zu machen. Deren Arbeit sollen private Krankenhäuser oder das katholische Franz-Sales-Haus übernehmen. Kämmerer Klieve ist begeistert von seinem Parteifreund. Eltern und ihre förderungsbedürftigen Kinder freut es weniger.

Millionengeschenk fürs Stadion

Rat und Öffentlichkeit durch Nacht-und-Nebel-Aktion hintergegangen

Die Baukosten für das neue Stadion an der Hafenstraße wurden klammheimlich aufgestockt. An Öffentlichkeit und Rat vorbei hat der Aufsichtsrat der Grundstücksverwaltung Stadt Essen GmbH (GVE) in seiner letzten Sitzung beschlossen, 3,9 Mio. Euro mehr zur Verfügung zu stellen, als ursprünglich in der ersten Baustufe geplant war. Während der Baubeschluss von 2009 von „voraussichtlich 31 Mio. Euro“ ausging, beziffern sich die Kosten für den Neubau des Stadions jetzt auf rund 43 Millionen Euro!

Wie das geht? Mit Trickserei! Die GVE, die den Stadionbau managt, ist eine zu hundert Prozent städtische Gesellschaft. Der Rat hat auf Antrag einer ganz großen Koalition von CDU/Grünen/FDP/EBB und SPD erst im November beschlossen, das Eigenkapital der GVE um 4,1 Mio. Euro aufzustocken. Die Gelder stammten aus noch nicht verausgabten Investitionsmitteln der Stadt Essen und sollen nun hauptsächlich für den Ausbau des Veranstaltungs- und VIP-Bereiches dienen. Das sollte ursprünglich erst umgesetzt werden, wenn RWE als Hauptnutzer in der 3. oder 2. Liga spielt.

Die Fraktion DIE LINKE hatte im November schon den „Braten“ gerochen und im Rat ausdrücklich nachgefragt: „Worum geht es dabei eigentlich?“ Die Antworten waren ausweichend: Eine Kapitalerhöhung könne für die GVE angesichts ihrer gewachsenen Aufgaben noch wichtig werden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass der Großteil dieser Summe gut zwei Monate später für den Stadionbau verwendet werden soll – am Rat vorbei, der offiziell bis heute nicht informiert wurde. Die Ratsfraktion DIE LINKE hat vor ein paar Tagen eine Anfrage gestellt, ob dies rechtlich in Ordnung ist und ob Auswirkungen auf den städtischen Haushalt abzusehen sind.

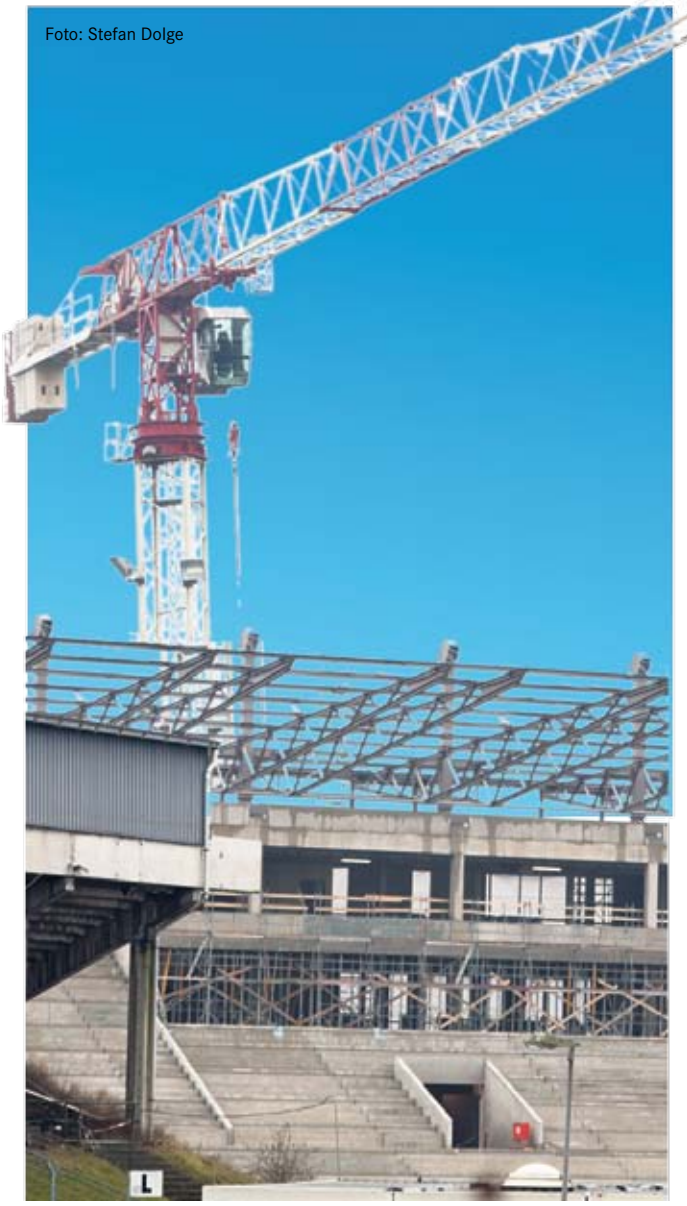


Foto: Stefan Dolge

Auch Betriebskosten höher

Durch die klammheimliche Erhöhung der Mittel verschiebt sich auch das Verhältnis von städtischen Mitteln und Sponsorengeldern weiter. Von den 43 Mio. Euro Gesamtkosten werden nach wie vor nur rund 8 Mio. Euro von Sponsoren aufgebracht, wobei der Hauptsponsor die Sparkasse Essen ist – ebenfalls eine hundertprozentige Stadttochter.

Ausgetrickst, kann man das wohl nennen – wir gehen davon aus, dass auch viele Ratsmitglieder der Fraktionen, die die Kapitalerhöhung für die GVE beantragt haben, nicht wussten, was damit tatsächlich passieren sollte.

Die Stadt kann dringende Investitionen in Kindertagesstätten und Schulen nicht tätigen, aber die GVE bekommt mehr Geld für den Stadionbau hinterher geworfen. Mit seriöser und sozialer Politik hat das aus LINKER Sicht nichts zu tun.

Auch die Betriebskosten des Stadions werden mit rund 780.000 Euro jährlich 280.000 Euro über denen des alten Stadions liegen. Sie werden bis auf Weiteres von den Sport- und Bäderbetrieben der Stadt Essen getragen. Wenn RWE nicht bald aufsteigt, wird dies zu Lasten des Breitensports gehen. Denn der Haushalt der Sport- und Bäderbetriebe ist schon jetzt „auf Kante genäht“.

Was kostet das neue Stadion?

Auf „voraussichtlich 31 Mio. Euro“ wurde der Neubau des Stadions gemäß Ratsvorlage vom 4. März 2009 beziffert. Unterschlagen wurden dabei bereits vorher verausgabte Beträge von rund 6,5 Mio. Euro an Grundstücks- und Vorplanungskosten. Rechnet man eine voraussichtliche Überschreitung der Baukosten für die erste Ausbaustufe von zur Zeit 1,1 Mio. Euro hinzu und den aktuellen Zuschlag von 3,9 Mio., kommt man auf rund 43 Mio. Euro – knapp 40 % mehr, als in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Die Abrisskosten für das alte Stadion wurden in der Gesamtrechnung übrigens schlicht vergessen, können aber voraussichtlich durch Gegeneinnahmen gedeckt werden.

Während Elmar Altvaters fast einstündigen Vortrages hätte man eine Stecknadel fallen hören können Foto: Stefan Dolge

Elmar Altvater in Essen

Vom großen Krach zur Utopie

Von Susanne Kreuzer

Ein Freund brachte mir vor vielen Jahren ein Hörbuch mit: „Das Ende des Kapitalismus, so wie wir ihn kennen.“ Fortan war die CD auf langen Autofahrten meine Begleiterin. Durch diese Ohrlektüre angeregt, entstand der Wunsch, den Autor für eine Veranstaltung des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen zu gewinnen.

Am 8. Februar 2012 war es soweit. Die Veranstaltung „Die Vermessung der Utopie“ mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. em. Elmar Altvater war mit über 60 Personen gut besucht. Nicht nur aus Essen, sogar aus Ostwestfalen-Lippe waren Gäste zu uns gekommen. Elmar Altvater wurde während seines fast einstündigen Vortrages so gebannt zugehört, man hätte eine Stecknadel fallen hören können. Er sprach mit präziser Stimme, die bis in die letzte Reihe zu hören war, obwohl er nicht laut sprach. Elmar Altvater nahm seine Zuhörer mit auf eine Reise in die Vergangenheit des Finanzwesens, um seine gegenwärtige Krise zu erklären. Das Zinsverbot, das von Aristoteles im 4. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung begründet und von Augustinus im 4. Jahrhundert n.Ch. zum Kirchengesetz erhoben wurde, ist seit dem 16. Jahrhundert aufgeweicht und dann aufgehoben worden. Nur im Islam gilt es bis heute. Die islamischen Banken haben daher verhältnismäßig unbeschadet die Krise überstanden.

Die Welt der Finanzen führt seit dem 18. und 19. Jahrhundert in Europa und weltweit ein Eigenleben, dem Anschein nach nur ihrer eigenen Logik der exzessiven Steigerung der Rendite verpflichtet. (Altvater, Der große Krach, Seite 53)

Nach dem Börsenkrach 1929 folgte sehr schnell die Schulden-, Finanz- und Bankenkrise in den USA. Ein Jahr später musste das britische Pfund seine Position als Weltwährung räumen. Damit kollabierte der Welthandel. So fehlten in Deutschland z.B. die Devisen für Erdöl, und man kam auf die aberwitzige Idee, Benzin aus der heimischen Kohle zu hydrieren (Altvater, Chance gehabt, Chance verpasst, aus: ‚Freitag‘ vom 05.02.2012). Der Kampf um Ressourcen eskalierte und damit der Kampf um Gebiete. Italien expandierte in Nord- und Ostafrika, Japan auf dem chinesischen Festland, und Deutschland überfiel (Ost-)Europa. Die NS-Verbrechen waren wie ein Tsunami in diesem Meer von Gewalt. Erwähnt werden sollte auch die Ausbeutung der Dritten Welt nach dem 2. Weltkrieg und den Petrodollar. Das Öl stärkte den eigentlich schwachen Dollar bis heute, und dafür bekamen die Saudis Waffen von den USA geliefert.

Hat der Finanzkapitalismus etwas aus der Weltwirtschaftskrise von 1929 gelernt? Es bestehen auch in konservativen Kreisen Zweifel darüber, ob dem Tanz um das goldene Kalb, dem grenzenlosen Wachstum, nicht Grenzen gesetzt werden müssen. So stellt Charles Moore, autorisierter Biograf von Margaret Thatcher, die Frage, ob der Kapitalismus noch in diese Welt passt. Anders herum gefragt: Passt die Welt in diesen Kapitalismus? Und noch einmal anders gefragt: Muss man die Welt dann passend zum Kapitalismus machen angesichts der umfassensten, größten, tiefsten und gewalttätigsten Krise, in die der Kapitalismus geraten ist?

Die Krise ist 2012 nicht überwunden. Die Nöte Griechenlands sind auch eine Krise der Gemeinschaft. Geben wir die Gemeinschaft auf, verlieren wir ein Stück Demokratie. Solange innerhalb einer Gesellschaft das Verhältnis zwischen Schuldnern und Gläubigern ausgewogen ist, bleibt die Ökonomie stabil. Wird die Ungleichheit in einer Gesellschaft zu groß, spaltet sie sich, bis hin zur Revolution.

Um aus dieser Spirale heraus zu kommen, muss der Schuldenzyklus durchbrochen werden. Griechenland sollte entschuldet werden, bis hin zu 100%, in weiteren gefährdeten Ländern der Gemeinschaft, wie z.B. Portugal und Italien, wird die Kaufkraft durch eine Teilentschuldung gestärkt. Als erste Maßnahmen kann die Einführung der Transaktionssteuer den Finanzhandel entschleunigen, die Vermögensteuer die Staatshaushalte stärken und den Zockerbanken und dem Vollkaskokapitalismus Grenzen setzen - für ein schönes Leben für alle!

Millionengeschenk fürs Stadion:

Auch hier geht es um Glaubwürdigkeit

Auch DIE LINKE. Essen will ein neues Fußballstadion, nicht nur für den Traditionsverein RWE. Das hat sie stets vertreten. Klar ist dabei: Die Kosten müssen im Rahmen bleiben, gerade angesichts der massiven Kürzungspolitik bei Kindern, bei Sozialem und bei Kultur. Deshalb hatte DIE LINKE schon vor Jahren den Vorschlag eines modularen Stadionausbaus ins Spiel gebracht, nach und nach, auch abhängig vom sportlichen Erfolg von RWE.

Das sah die Ratsmehrheit anders und beschloss einen Großteil des Ausbaus in einem Rutsch. Dies wird durch die Mittelerhöhung noch einmal beschleunigt – durch die Hintertür und am Rat vorbei. Das kann nicht angehen. Es hat mit Transparenz und demokratischen Entscheidungsstrukturen nichts zu tun.

Vermutlich war auch in der ganz großen Koalition von CDU, Grünen, FDP, EBB und SPD im November nur einer Hand voll Mitgliedern klar, was mit der Eigenkapitalerhöhung der Grundstücksverwaltung Stadt Essen GmbH (GVE) tatsächlich geschehen soll. Der Deckmantel der Verschwiegenheit von Aufsichtsratssitzungen wird missbraucht, um die Baukosten zu erhöhen und der Glaubwürdigkeit von Politik erneut einen Schlag ins Gesicht zu versetzen.

Wolfgang Freye ist Ratsherr der LINKEN in Essen

Bundesweit wird ohnehin mit Unverständnis zur Kenntnis genommen, dass eine Stadt mit 3 Mrd. Euro Schulden einem Traditionsverein ein neues Stadion baut. Selbst die Kommunalaufsicht in Düsseldorf beobachtet den Bau mit Argusaugen. Auch sie wird hintergangen mit diesem Manöver. 43 Mio. Euro für ein neues Stadion, 120 Mio. Euro für den schamvoll „Ertüchtigung“ genannten Ausbau der Messe – da sollen Vierer-Koalition und SPD noch einmal von „Spar-zwängen“ reden!

Bei den Betriebskosten ist die nächste „Baustelle“ eröffnet. 780.000 Euro müssen aufgebracht werden, über 50% mehr als bisher.

Und zahlen müssen, bis RWE in der 2. Liga spielt, die Sport- und Bäderbetriebe, die für den Erhalt aller Sportstätten zuständig sind. Ihr Haushalt ist jetzt schon „auf Kante genäht“. RWE-Stadion auf Kosten des Breitensports – dazu darf es nicht kommen.

Dagegen wird sich bestimmt viel Widerstand bilden!

Wolfgang Freye

Impressum:

Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütefür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag“: Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost Druck-GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax : 0201-8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. April 2011. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 20.04.2012.

A 52 – Dreck und Lärm für Gladbeck

Von Olaf Jung

Die Gladbecker sollen am 25. März darüber abstimmen, ob sich die Stadt mit 2 Mio. Euro an einem Tunnel für die Transitautobahn A 52 beteiligt. Für diesen Tunnel gibt es bisher nur eine nicht Absichtserklärung. Zudem wäre der Tunnel zu kurz. Auf insgesamt 2,9 km würde eine offene Autobahn mit haushohen Lärmschutzwänden und Lärmschutzwällen die Stadt zerteilen. Hinzu käme ein Landschaft verzehrendes Autobahnkreuz.. Mit einem „Ja“ stimmen die Gladbecker aber auf jeden Fall für den Bau der Autobahn. Der Bau der mindestens 200 Millionen Euro teuren A 52 hätte drastische Auswirkungen auf große Teile der Stadt.

Idylle am Pelkumer Hof – wie lange noch?

Der Tunnel schützt nur wenige Anwohner

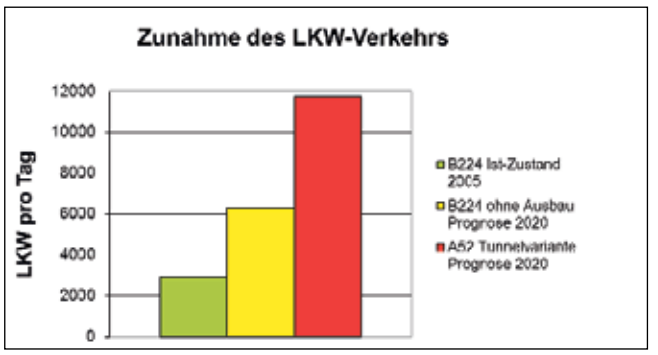
Anwohner, die direkt vom Tunnel profitieren, gibt es wenige. Vorteile im Bereich der 1,5 km Tunnelführung werden mit massiven Verschlechterungen an anderer Stelle erkauft. Über dem Tunnel von knapp 1,5 km Länge soll ein mit etwa 15.000 KFZ pro Tag befahrener Autobahnzubringer entstehen. Wie sollen hier die gegenüberliegenden Stadtteile verbunden werden?

Der Verkehr auf der Transitautobahn wird von 44.300 auf 71.100 Fahrzeuge steigen. Nach den Verkehrsbelastungsprognosen von Straßen.NRW wird besonders der LKW-Verkehr zunehmen. Bleibt es bei der B 224, wird sich der LKW-Verkehr verdoppeln, nach dem Bau wird er sich vervierfachen. 12.000 LKW werden in Zukunft jeden Tag durch Gladbeck rauschen. Den Gladbeckern bleiben nur Lärm und Dreck.

Durch den Bau der A 52 entstünden keine Strukturvorteile für die Gladbecker Wirtschaft. Die Stadt wäre nicht besser erreichbar. Gladbeck-Brauck wird abgebunden, die Auffahrt zur A 2 entfällt. Über eine neue Straße erfolgt der Autobahnanschluss in Bottrop. Dadurch gibt es erhebliche Verkehrsverlagerungen in die Gladbecker Innenstadt.

Mehr Nachteile als Vorteile

Baustellen und Umleitungen werden während der Bauzeit über Jahre das Stadtbild prägen. Die eingeschränkte Erreichbarkeit der einzelnen Stadtviertel kann bei Gewerbetreibenden zu deutlichen Umsatzeinbußen bis hin zur Existenzgefährdung führen. Große Flächen werden nach dem Bau des Autobahnkreuzes nicht mehr zugänglich sein. Die Fahrbahnen dieses Autobahnknotens werden in drei Ebenen auf bis zu 20 Meter Höhe übereinander gestapelt. Entlang der A 2 sollen bis zu 18 Fahrspuren nebeneinander verlaufen. Entlang der geplanten A 52 sollen es 15 Fahrspuren werden. Ein Überflieger zieht sich von Süden nach Osten über A 52 und A 2.



Entwicklung des LKW-Aufkommens nach Straßen.NRW

Der Überflieger bei Wittringen wird unsere beliebte Freizeitstätte für immer schädigen. Die „frische Luft“ am Wasserschloss Wittringen würde deutlich ungesünder. Der Erholungswert im regionalen Grünzug Pelkumer Feld würde massiv vermindert.

Die Lärm- und Schadstoffemissionen sind gefährliche Gesundheitsrisiken. Sie werden dramatisch zunehmen. Abgase und Feinstaub bleiben nicht im Tunnel. Der zulässige Grenzwert für Stickstoffdioxid (NO2) wurde in Gladbeck an der B 224 im Jahresmittel 2010 um 20% überschritten. Für Feinstaub gibt es in Gladbeck keine Messstation! Zum Vergleich: In Essen wurde an der Gladbecker Straße der zulässige Grenzwert für Feinstaub (PM10) im Jahr 2011 an 51 Tagen überschritten (zulässig: 35 Tage).

Die zusätzliche Lärm- und Schadstoffbelastung würde wie in anderen Städten zur Abwanderung, zum Absinken der Kaufkraft und zur sozialen Abstieg ganzer Stadtviertel führen. Die Verhältnisse entlang der A 40 sind in Essen ja gut bekannt.

Olaf Jung ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Gladbeck

Ratsbürgerentscheid A 52 in Essen?

Von Götz Lange

Die Idee, die Verantwortung für das strittige Thema A 52 an die Bürgerinnen und Bürger abzugeben, scheint sehr attraktiv zu sein. Kaum war die Entscheidung für einen Ratsbürgerentscheid in Gladbeck in der Welt, als der EBB-Vorsitzende Bayer einen Ratsbürgerentscheid zum Essener Bauabschnitt ins Gespräch brachte.

Wir haben uns in Gladbeck erkundigt und werden den Eindruck nicht los, dass man dort – wo die Mehrheit im Rat für die Durchstreckung sicher wäre – vor allem die Verantwortung abwälzen will. Wenn die Bürgerinnen und Bürger nach dem Bau begreifen, was ihnen eingebrockt wurde, wird die Politik die Hände in Unschuld waschen: „Ihr habt es ja so gewollt.“

In Essen, wo die Mehrheit für die A 52 unsicher ist, löst der Ratsbürgerentscheid noch andere Probleme. So kann das Viererbündnis aus CDU/FDP/Grüne/EBB ohne die Grünen nicht mit einer eigenen Mehrheit rechnen, während die SPD in dieser Frage gespalten ist. In dieser verfahrenen Situation die Verantwortung abzugeben, erscheint vielen attraktiv.

Pikant ist, dass der Vorschlag von einer Seite kommt, die wenige Monate zuvor einen Ratsbürgerentscheid über das ebenfalls folgenschwere Thema Messe-Ausbau vehement abgelehnt hatte. Man sei gewählt, um selbst zu entscheiden.

Entscheidend ist die Fragestellung

Problematisch wird aber vor allem die Formulierung der Fragestellung. Ein Ratsbürgerentscheid kann nur zu Fragen durchgeführt werden, die der Rat wirklich zu entscheiden hat, und es müssen Ja/Nein-Fragen sein. Fragen wie „Soll die A 52 gebaut werden?“, „Soll die A 52 nur gebaut werden, wenn sie mindestens zu X% in Tunneln verläuft?“ und „Sind Sie eher dafür, dass die A 52 weitergebaut wird oder dafür, dass alternative Verkehrskonzepte entwickelt werden?“ sind nicht zulässig.

Somit bleibt die Frage offen, inwiefern Bürgerinnen und Bürger ein qualifiziertes Votum zur A 52 abgeben können, ohne zu wissen, wie und wo diese gebaut werden soll. Vor einer Entscheidung über einen Ratsbürgerentscheid muss daher eine breite Diskussion der Alternativen geführt werden. Wenn der Ratsbürgerentscheid zu einer solchen konstruktiven Auseinandersetzung führt, ist er zu begrüßen.

2012: Nullrunde beim Regelsatz für Kinder und Jugendliche

Von Jan Häußler

Kinder wurden als „kleine Erwachsene“ gerechnet, indem sie einen freihändig erdachten Prozentbetrag (60% oder 80%) der Erwachsenenleistung erhielten. Die Bundesregierung hat darauf reagiert und die Sätze neu erhoben. Sie verspricht „die materielle Basis für Chancengleichheit“ herzustellen und „gesellschaftliche Exklusionprozesse“ zu beenden. Dafür wurde 2011 eine neue Vorschrift ins SGB II aufgenommen, § 28. Kernstücke dieses „Paketes“ sind monatlich 10 Euro, die z.B. für Vereinsbeiträge übernommen werden und Nachhilfekosten für Schüler.

Die Politik ließ die Gelegenheit der Einführung dieser Leistung nicht verstreichen, ohne medial wochenlang darüber zu diskutieren, in welcher Form diese Leistung erbracht werden soll. Die Hartz-4-Berechtigten wurden bei dieser Debatte als verantwortungslose Eltern dargestellt, die Geldleistungen nicht für ihre Kinder einsetzen würden, sondern für Alkohol oder Flachbildschirme. Deswegen werden die Leistungen für Bildung und Teilhabe jetzt auch nicht in Geld sondern als Sachleistung erbracht. Dieses setzt einen zusätzlichen bürokratischen Prozess bei der Beantragung in Gang, weswegen in Essen gerade 10% der gestellten Anträge beschieden wurden. Letzteres wurde öffentlich als Beleg angeführt, dass die Eltern diese Leistung nicht abrufen würden, weil sie an Bildung für ihre Kinder kein Interesse hätten.

Foto: Stefan Dolge

Die in der Öffentlichkeit als zusätzlich dargestellten Bildungs- und Teilhabeleistungen der Jobcenter sind mit Kürzungen der Regelsätze für Kinder und Jugendliche verbunden. Das Verfassungsgericht hatte im Urteil vom 9. Februar 2010 die Berechnung und das Fehlen kindesspezifischer Bildungsleistungen im Regelsatz bei Hartz-4 bemängelt.

Ohne öffentliche Erwähnung blieb hingegen, dass diese Bildungsleistungen vorher im Regelsatz enthaltene Größen waren, die nun herausgekürzt wurden. Der Regelsatz betrug für Jugendliche unter 18 Jahren 2010 noch 287 Euro. Ab 2011 betrug er nur noch 275 Euro. Es werden jedoch weiterhin 287 Euro für Jugendliche gezahlt. Lediglich die Erhöhungen wegen des Verlustes von Geldwert (Inflation) werden beim Kinderregelsatz nicht vorgenommen. Der Regelsatz für Erwachsene stiegt von 359 über 364 auf nunmehr 374 Euro. Der Satz für Jugendliche hat sich nicht verändert. Somit kommt es bei den Kindern von Eltern im Hartz-4-Bezug ähnlich wie bei den Rentnern zu einer schleichenden Kürzung der Bezüge durch Nicht-Erhöhung.

Als Ausgleich für das fehlende Geld können Familien nun beantragen, dass z.B. Sportvereine Zahlungen vom Jobcenter erhalten oder eine Nachhilfeschule, damit die Kinder dort mitmachen dürfen. Voraussetzung ist aber immer, dass vom Jobcenter jetzt bis in dem Freizeitbereich hinein entschieden wird, wofür die Leistung erbracht wird. Bereits in der Schule und im Verein werden die Kleinen so daran gewöhnt, mit Jobcenter-Formularen zu ihren Lehrern und Übungsleitern zu gehen. Da sich die Länder im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat damit durchsetzen konnten, dass die Kommunen die Leistung bewilligen und der Bund sie bezahlt, hat nun die Stadt Essen ein großes Interesse daran, diese Leistung an die Berechtigten zu bringen. Eine Verbesserung für Familien ist dadurch nicht in Sicht.

Jan Häußler, Fachanwalt für Sozialrecht

Sozialticket: Fehlstart absehbar

Von Sven Federupp

Wie erwartet ist die Nachfrage nach dem sogenannten „Sozialticket“ eher überschaubar. Das hat mehrere Gründe: Der Preis ist zu hoch, und die Berechtigten werden durch Aussehen des Tickets und die Mitführungspflicht eines Berechtigungsausweises stigmatisiert.

Die Erfahrungen in Dortmund haben gezeigt, dass die Nutzerzahlen um zwei Drittel zurückgingen, als das Sozialticket dort von 15 auf 30 Euro erhöht wurde. Die vorherige Steigerung um 15 Mio. Fahrten hatte gezeigt, dass der Bedarf für ein günstiges Ticket enorm ist. Derzeit verwundert nicht, dass die Verkehrsbetriebe mit Mindereinnahmen rechnen, da Berechtigte, die vorher kein Monatsticket hatten, auch jetzt nicht als Kunden gewonnen werden können. Doch was kümmert das die EVAG: Der Zuschuss errechnet sich aus der Anzahl der Berechtigten statt aus der Zahl der tatsächlichen Nutzer. So können die Verkehrsbetriebe die Zuschüsse einstreichen, ganz gleich, zu welchem Preis das Ticket angeboten wird.

Der hohe Preis von 29,90 Euro wirkt für viele Hartz-4-BezieherInnen abschreckend, vor allem weil der Regelsatz der Grundsicherung nur 18,41 Euro für Mobilität vorsieht. Attraktiv ist das jetzt eingeführte Ticket nur für diejenigen, die bereits vorher auf ein Monatsticket angewiesen waren. Die Möglichkeit der Mitnahme von bis zu drei Kindern ab 19 Uhr unter der Woche klingt eher nach schlechtem Scherz als nach einem sinnvollen Zusatzangebot, wenn das Geld für die Mobilität fehlt.

Foto: Stefan Dolge

Von Armut betroffene Mitmenschen dürfen nicht wegen zu hoher Preise für öffentliche Verkehrsmittel vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. 15 Euro sind genug!

Träger des roten Buttons zeigen, dass sie eine Person mitnehmen können. Wer sich solidarisch zeigen möchte, erhält seinen Roten Button auch bei der LINKEN (Severinstraße 1)

Kopien im Jobcenter

Eine „missverständliche Ausschilderung“ soll dazu geführt haben, dass es zu „Irritationen hinsichtlich der Bereitschaft des Jobcenters gekommen ist, Kopien für unsere Kundinnen und Kunden anzufertigen“, teilt das Jobcenter jetzt auf Anfrage der LINKEN mit.

Wir gehen davon aus, dass eine solche rechtswidrige Praxis, die mit der Antwort grundsätzlich für die Vergangenheit eingeräumt wird, nunmehr ein für alle Mal der Vergangenheit angehört. Allerdings will das Jobcenter wohl an seiner Praxis festhalten, Kopien gegebenenfalls erst am nächsten Tag herzustellen.

DIE LINKE wird sich im Sozialausschuss im Februar dafür einsetzen, dass den Betroffenen die Fahrkosten unbürokratisch und ohne Antragshürden erstattet werden. Schließlich sind die Fahrkosten nicht gerade gering und aus dem Regelsatz nicht zusätzlich zu finanzieren.

Optionskommune

Die Stadt Essen ist seit dem 01.01.12 allein für das Jobcenter verantwortlich. Eine positive Veränderung ist in den neuen Bescheiden zu sehen. Dort werden nun - wie seit Jahren gefordert - die Beträge für Miete, Nebenkosten und Heizung getrennt ausgewiesen. Auch können Hartz-4-Bezieher nun erkennen, welche Teile der Leistung direkt an andere gezahlt werden, etwa an Vermieter oder die Stadtwerke.

Soziales in Essen: Verhärtete Armut

Von Gabriele Giesecke

Einen erschreckenden Bericht zur Entwicklung der Sozialleistungen in Essen legte im Januar das Amt für Statistik und Wahlen vor. Danach stieg die Anzahl derjenigen, die auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen, sind von 89.737 im Jahr 2008 auf 90.870 Menschen im Jahr 2010. Bezogen auf die GesamteinwohnerInnen Essens sind dies 15,9%. Darunter sind allein 81.220 Menschen, die vom Jobcenter abhängig sind. Festzuhalten ist hier, dass die steigende Nachfrage nach Arbeitskraft, die allseits so bejubelt wird, an den Menschen im Hartz-4-Bezug vorbeigegangen ist.

Gabriele Giesecke, stellevertretende Fraktionsvorsitzende, vertritt DIE LINKE im Sozialausschuss

Noch erschreckender werden die Befunde, wenn man sich Gruppe der Kinder und Jugendlichen ansieht. Zwar sank die Zahl der unter 18-Jährigen im Hartz-4-Bezug leicht von 27.187 (2008) auf 27.047 (2010), ihr Anteil an allen in Essen lebenden unter 18-Jährigen stieg aber kontinuierlich von 30,1% auf 30,8%. In einzelnen Stadtteilen wie Altendorf und den meisten Innenstadtbezirken liegt die Quote zwischen 52,3% bis 63,6%. In diesen Stadtteilen droht eine Ghettobildung, da nicht nur der Anteil der unter 18-Jährigen, sondern der Anteil der Hartz-4-Beziehenden überhaupt sehr hoch ist. Einige andere Stadtteile vor allem im Norden liegen nur geringfügig unter der 50%-Marke bezogen auf die unter 18-Jährigen, so Altenessen-Süd mit 49,3%, Bergeborbeck mit 49,7% oder auch Freisenbruch mit 42,7%. Deutlich unterhalb des stadtweiten Durchschnitts von 30,8% liegen nur drei von neun Stadtbezirken, nämlich der Bezirk 2 mit 10,2%, der Bezirk 8 mit 12,2% und der Bezirk 9 mit 6%.

Darüber hinaus ist die Gruppe der Alleinerziehenden extrem von Armut betroffen. 49,4% aller Alleinerziehenden bezogen 2010 Hartz-4-Leistungen. Bezogen auf alle Familien mit Kindern im Hartz-4-Bezug leben 50,7% in 7.217 Alleinerziehendenhaushalten. Trotz vollmundiger Absichtserklärungen sind die Hilfen, die die Stadt Essen anbietet, überhaupt nicht ausreichend, um an der Situation etwas zu verändern. Tatsächlich haben die meisten Kinder und Jugendlichen in Hartz 4 keine Chance, aus der Armut herauszukommen, und ihr Anteil wächst stetig an.

Zunehmend von Armut betroffen sind auch alte Menschen. Die Zahl derjenigen, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, weil ihre Rente nicht ausreicht, stieg von 5.931 (2008) auf 6.352 im Jahr 2010, oder von 2% auf 2,2% bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Angesichts des ausufernden Niedriglohnsektors sowie des steigenden Hartz-4-Bezuges ist mit einem weiteren Anwachsen der Altersarmut zu rechnen.

Anlässlich der Vorstellung des Armutsberichtes des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) für Deutschland wies der Geschäftsführer Ulrich Schneider auf die dramatische Situation im gesamten Ruhrgebiet hin. Im Ruhrgebiet steigen die bereits sowieso schon hohen Armutsquoten seit Jahren weiter an. In keinem einzigen Ruhrgebietskreis liegt die Quote der Hartz 4 beziehenden Menschen unter dem Bundesdurchschnitt von 9,8% aller 18- bis 65-Jährigen. In Essen beträgt diese Quote 18,2%. Dazu der DPWV: „Besonders besorgniserregend dabei ist, dass diese Quoten in den einzelnen Städten und Landkreisen entweder auf sehr hohem Niveau verharren oder im Trend sogar nach oben zeigen, wie etwa in Mülheim, in Hamm, in Essen oder in Gelsenkirchen."

Den Schlussfolgerungen des DPWV kann DIE LINKE nur zustimmen: „Der Paritätische fordert von der Bundesregierung eine armutspolitische Kehrtwende. Wer die Armut glaubwürdig bekämpfen wolle, müsse die Regelsätze in Hartz 4 erhöhen, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ausbauen, die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher sichern und der drohenden Altersarmut vorbeugen. Zur Finanzierung dieser Reformen dürfe die Regierung nicht länger vor der Verteilungsfrage zurückschrecken ... Der Verband fordert eine deutlich stärkere Besteuerung von großen Erbschaften, Vermögen sowie hohen Einkommen."

Aus der Sicht einer Stadt wie Essen kann man nur hinzufügen, dass die Kommunen endlich angemessen mit Finanzmitteln ausgestattet werden müssen, damit sie ihren Teil zur Beseitigung der Armut beitragen können. Im Augenblick scheitern gute Ansätze, die es auch in Essen gibt, vielfach an den fehlenden Geldern.

Sanktionen nehmen überhand

Entsetzt reagierte die Ratsfraktion DIE LINKE auf die Zahl der verhängten Sanktionen des Jobcenters im Jahr 2011. Demnach wurden bis September 5.706 Sanktionen nach § 31 SGB II verhängt.

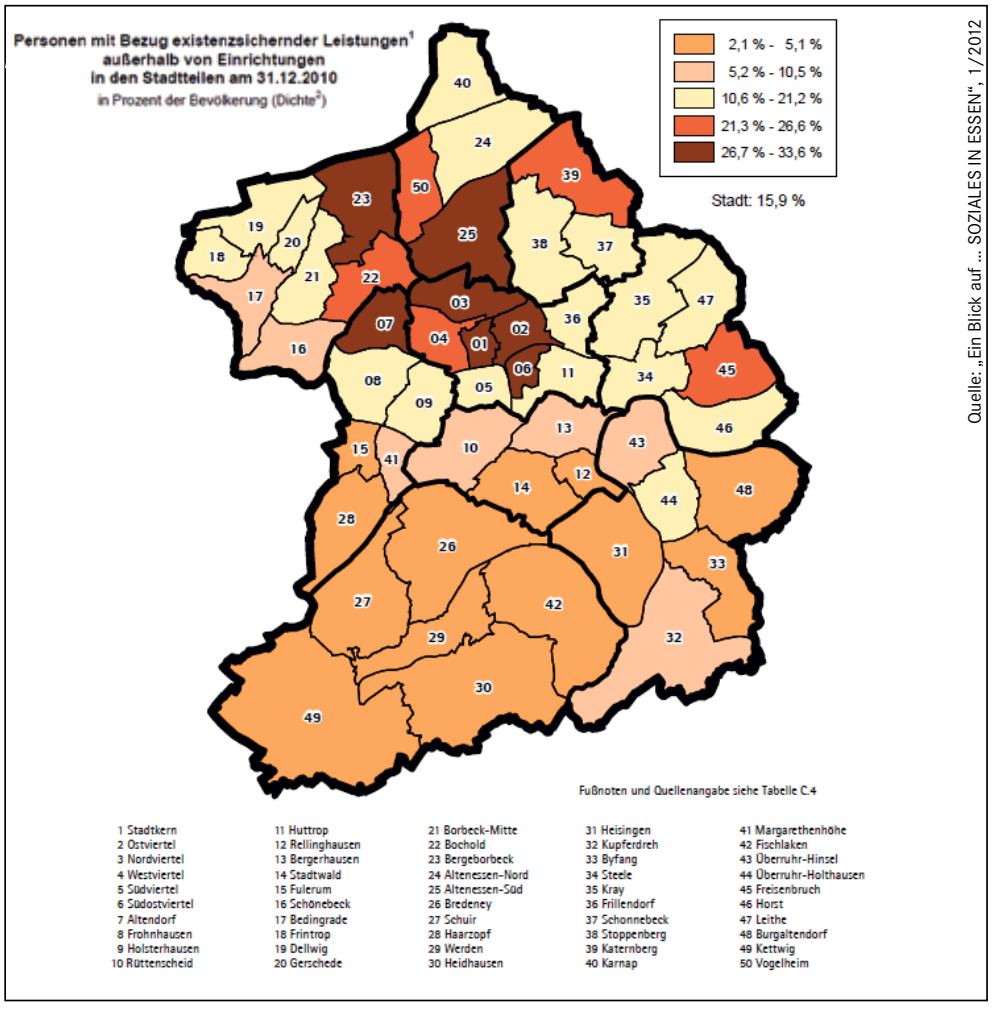
Die unter 25 Jährigen trifft es besonders hart: Bereits ein versäumter Gesprächstermin beim Jobcenter kann zu 50%iger Kürzung, ein weiteres Versäumnis zur kompletten Einstellung aller Zahlungen inklusive Miete und Versicherung führen.

Das Ausmaß der Sanktionspraxis wollte das Jobcenter wohl gern unter der Decke halten – die Anfrage der LINKEN wurde im April gestellt und erst im Dezember beantwortet.

Die Androhung und die Verhängung von Sanktionen stehen im Widerspruch zur Garantie des Grundgesetzes auf ein menschenwürdiges Existenzminimum und sind damit aus Sicht der LINKEN verfassungswidrig. Im Sozialausschuss verwies DIE LINKE dabei auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom 09.02.2010, welches diese Aussage stützt, da die Regelleistungen selbst aus Sicht der Bundesregierung als Existenzminimum anzusehen sind.

Keine andere Partei äußerte sich gegen die Sanktionspraxis des Essener Jobcenters. Die Forderung der LINKEN an das Jobcenter, seit Anfang des Jahres unter städtischer Regie, die verfassungswidrige Sanktionspraxis einzustellen, verhallte ungehört.

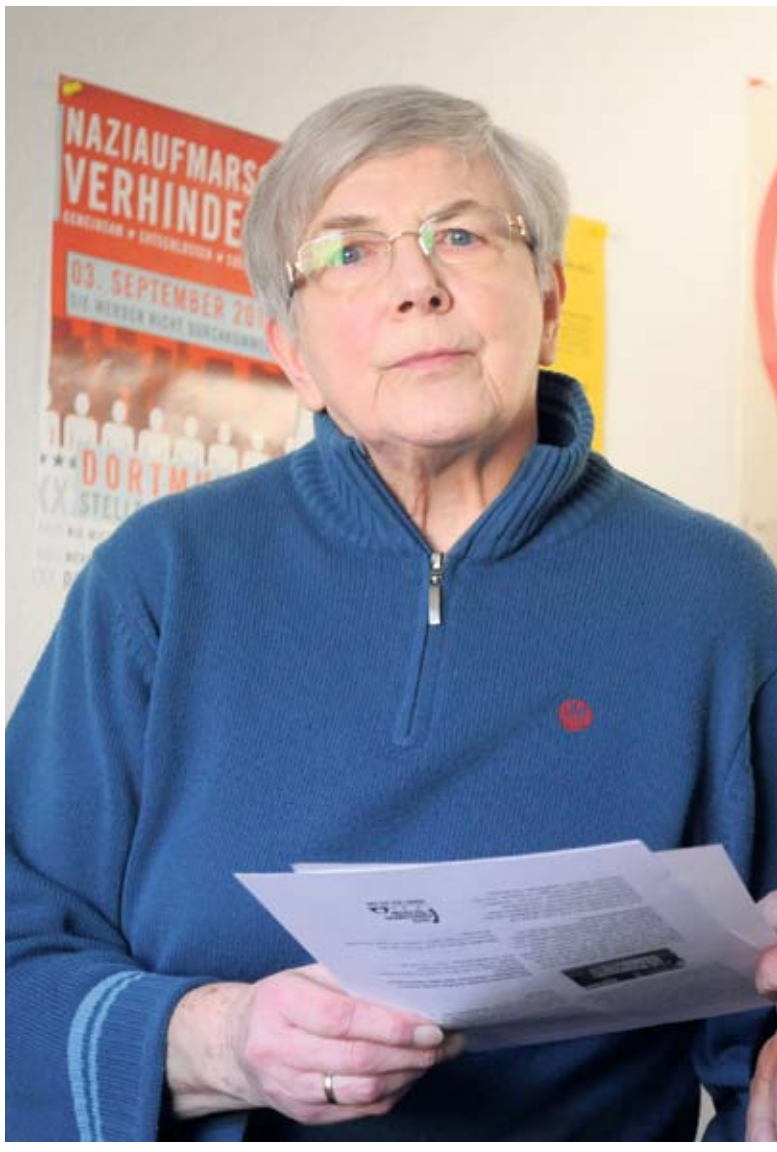
Nach wie vor aktuell ist daher die Forderung an die Bundesregierung für ein sofortiges Sanktionsmoratorium und eine Überprüfung der verfassungswidrigen Regelungen. Diese Forderung wird von vielen prominenten Persönlichkeiten, von Katja Kipping (MdB DIE LINKE) bis Heiner Geißler (ehemaliger Generalsekretär der CDU), unterstützt.



Das Anti-Rassismus-Telefon Essen

„Und angefangen haben immer die Afrikaner“

Ein Gespräch mit Dietline Mayer und Gabriella Guidi



Gegen Dummheit ist kein Kraut gewachsen, gegen Rassismus schon. Dass Rassismus auch in Essen geradezu alltäglich ist, wurde noch in den 90er Jahren von der Stadtpolitik bestritten. Doch die Arbeit des Anti-Rassismus-Telefons beweist das Gegenteil. Kennzeichnend für Rassismus ist diskriminierendes, erniedrigendes Verhalten gegenüber Menschen allein aufgrund bestimmter äußerlicher Merkmale. Vor kurzem wurde durch die Ehrenamtlichen des Anti-Rassismus-Telefons der 1.000ste Fall bearbeitet. Kein Grund zum Feiern, aber für den Essener Morgen ein guter Grund für ein ausführliches Gespräch.

Seit wann gibt es das Antirassismus Telefon in Essen? Und gab es einen besonderen Anlass für die Gründung?

Dietlinde: Seit 1994, dies hängt mit der Gründung von Pro Asyl zusammen. Nach Hoyerswerda, Mölln und den Anschlägen auf Flüchtlingsheime haben wir gesagt, wir müssen was tun. Für Flüchtlinge und Ausländer. Es heißt: „Das Boot ist voll“, das können wir nicht akzeptieren.

Wie unterscheidet sich Eure Arbeit von dem, was Pro Asyl macht?

Gabriella: Uns geht es um den Rassismus als solchen, die Asylproblematik ist nur ein spezieller Bereich des Rassismus. Anfangs haben wir Asylfälle mit behandelt, um diesen Bereich abzudecken. Aber es geht es vorrangig um strukturellen Rassismus.

Worin besteht konkret Eure Arbeit? Wie tritt Rassismus auf, so dass ihr tätig werdet?

Gabriella: Wir werden angerufen, z.B. kürzlich. Einer Frau, verheiratet mit einem Ausländer, wurde damit konfrontiert, dass man ihr indirekt zum Vorwurf machte, diese Ehe geschlossen zu haben. Ihr wurden etliche bürokratische Hürden aufgebaut. Ich warte noch auf den Vorwurf, der immer impliziert ist: die „Scheinheirat“.

Das wäre ein Bestandteil des strukturellen Rassismus, von dem Du gesprochen hast?

Gabriella: Das ist Teil des Amtsrassismus. Amtsträger, nicht alle, finden darüber hinaus auch teils aus persönlichen Gründen Möglichkeiten, Rassismus auszuüben.

Wie sieht Eure Unterstützung aus?

Gabriella: Da gibt es eine große Palette. Eine Frau sagte, es sei schon eine große Hilfe, wenn jemand so empört ist wie ich. Das reicht natürlich nur ein Anfang. Wir suchen die Organisationen, die Fachkenntnisse haben, wie z.B. den Verband Binationale Ehe und Partnerschaft in Deutschland. Wir stellen Kontakte her. Wenn es sein muss, verfassen wir auch böse Schreiben. Und wir nehmen Kontakt mit Ämtern auf. Manchmal greifen wir publizistisch ein. Oder wir schalten einen Rechtsanwalt ein. Gelegentlich kommt es auch schon mal zu Strafanzeigen. Es hängt von dem Fall ab.

Seid ihr noch auf andere Weise präsent?

Dietlinde: Es gibt unterschiedliche Arten von Rassismus. Bei der Wohnungssuche, bei der Arbeit, auch in der Schule werden Kinder oft rassistisch behandelt. Und in der Nachbarschaft. Von Fall zu Fall sprechen wir mit dem Lehrer oder dem Rektor und versuchen, die Fronten zu entschärfen. Bei der Wohnungssuche bin ich schon einmal mitgegangen. Da hatte ein Vermieter erst zugesagt, doch dann waren die Hausbewohner dagegen. Wir versuchen dann zu vermitteln. Der Vermieter könnte ja auf seine Mieter Einfluss nehmen. Wir hatten mal eine Familie, die von Nazis, die im Haus wohnten, beschimpft wurde. Da haben wir die Wohnungsbaugesellschaft um Hilfe gebeten. Die haben dann ein Treffen vereinbart zwischen den Parteien und haben vermittelt.

Ins Gespräch zu kommen mit allen Beteiligten, zu Begleiten scheint ein Schwerpunkt in Eurer Arbeit zu sein. Wie

Leserbrief

Vielen Dank, dass Ihr in Eurer letzten Ausgabe so ausführlich über die Nazi-Umtriebe in Essen berichtet habt. Schon im letzten Jahr habe ich diesbezüglich einen Offenen Brief an die Polizeipräsidentin geschrieben:

Sehr geehrte Frau Fischer-Weinszier,
Wir, die Bürgerinnen und Bürgerin Essen, stehen für eine tolerante und demokratische Gesellschaft ein. Als Polizeipräsidentin dieser Stadt haben Sie sich dazu verpflichtet, eine solche Gesellschaft zu verteidigen.
Warum mussten die Borbecker Bürger am 9. November 2010 eine unbeschreibliche Provokation erleben, als Rechtsextreme zum Jahrestag der Reichspogromnacht eine NPD-Veranstaltung mit Fahnen, Fackeln, über sich ergehen lassen? Und dies mit Ihrer Erlaubnis. Dies ist nur ein Beispiel von vielen.
Zweifelsfrei ist die Versammlungsfreiheit ein zu schützendes Gut, doch darf es nicht zu einem Missbrauch dieses Grundrechtes kommen. Unser Grundgesetz ist von Menschen verfasst worden, die das Ende der Weimarer Republik, die Schrecken der Nazi-Diktatur selbst erleiden mussten.
Gerade eine falsche Toleranz mit Intoleranten unter Verweis auf das Grundgesetz ist unzumutbar! Verhindern Sie im Interesse aller Demokratinnen und Demokraten, gerade an sensiblen Gedenktagen, rechtsextreme Aufmärsche! Kooperieren Sie enger mit den demokratischen Kräften dieser Stadt!
Ihr Vorgänger Herbert Schenkelberg ist nach wie vor bei vielen in dieser Stadt beliebt und geschätzt. Er war konsequent darin, Personen,die ihr rechtes Gedankengift verbreiten wollten, in die juristischen Schranken zu verweisen. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich Herrn Schenkelberg als Polizeipräsidenten zurück.
Essen ist in seiner Schönheit bunt, nicht braun!

Hochachtungsvoll,
(Name ist der Redaktion bekannt)

Dietline Mayer (links) und Gabriella Guidi

sieht es aus mit Gerichtsverhandlungen?

Dietlinde: Es ist noch nicht so weit gekommen. Bei einer Arbeitsberatungsfirma war mal jemand, der ausländerfeindliche Witze erzählt hat. Ein Teilnehmer war sehr betroffen und hat sich bei uns gemeldet, wir haben versucht mit der Verwaltung zu reden, da wurde natürlich alles abgestritten. Daraufhin sind wir zum Schiedsmann gegangen. Der Witzerzähler musste ein Bußgeld zahlen und hat gemerkt, dass er nicht ungeschoren davon kommt.

Das hört sich alles nach viel Arbeit an?

Gabriella: Es sind ungefähr sechs Stunden am Tag.

Ihr deckt also fast eine volle Stelle ehrenamtlich ab?

Dietlinde: Wir waren früher mehrere, da verteilte sich die Arbeit auf viele Schultern.

Wie viele Aktive seid ihr?

Gabriella: drei bis sechs, wenn wir alle berücksichtigen, die aber nicht immer da sind.

Ehrenamtliche Tätigkeit verursacht immer Kosten. Bekommt ihr Zuschüsse?

Dietlinde: Wir tragen die Kosten größtenteils privat.

Gabriella: Wir haben auch Fördermitglieder, die aus Altersgründen aber weniger werden. Wir sind sehr vorsichtig mit Anträgen auf Finanzierung. Wir wollen frei sein und keine Bedingungen diktiert bekommen. Hilfe bekommen wir von Medico International, darüber soll eine Stelle finanziert werden. Wir sind in der Überlegung, uns eventuell Projekte bezuschussen zu lassen.

Welche Projekte habt Ihr im Visier?

Gabriella: Ganz grob und mit Fragezeichen, wir bekommen immer wieder von der Pressestelle der Polizei die Berichte und Dir stehen die Haare zu Berge, wie ethnisiert die Berichte der Polizei sind. Ein Thema sind die „Fahndungseigenschaften“. Da müssen wir sehr vorsichtig sein, wir können der Polizei nicht vorschlagen, welche Fahndungseigenschaften sie verwendet. Es kann sein, dass Geschädigte oder Zeugen eine rassistische Wahrnehmung haben. Täter werden beschrieben als „südländischer Typ“, „Ausländer“ oder mit „osteuropäischem Aussehen“. Wenn es uns gelingt, ein Projekt daraus zu machen, gibt es dazu eine richtige Studie. Es gibt einen Erlass des Landes NRW gegen die unnötige Erwähnung von Merkmalen, weil das diskriminierend sein kann. Aber seit einiger Zeit gibt die Polizei wieder bekannt: Ein Täter ist Serbe, ein Unfallverursacher ist Rumäne. Wir haben uns schon mit Schreiben an die Polizei gewandt.

Wird es auch bekannt gegeben, wenn ein Deutscher der Täter war?

Gabriella: Da war ein Fall vor zwei Jahren. Ein Afrikaner ist von Rechten krankenhausreif geprügelt worden. Das wurde so nicht geschrieben. Wir haben über die Karawane Wuppertal erfahren, dass diese Tat rassistisch motiviert war. Wir haben uns des Menschen angenommen. Die Polizei hatte nicht nach Rechtsradikalen gefahndet. Wir haben mit der Polizei Kontakt aufgenommen, aber nichts erreicht.

Dietlinde: Die Polizei hielt diesen Überfall für einen einfachen Raub. Solche Überfälle werden immer abgetan mit Händeln unter Jugendlichen oder Betrunkenen. In vielen Berichten wird unterstellt: Angefangen haben immer „die Afrikaner“!

Ihr braucht aktive Mitglieder, die eventuell auch jünger sind? Und ihr braucht Fördermitglieder?

Dietlinde: Ja, das brauchen wir.

Wie kann DIE LINKE Euch unterstützen?

Gabriella: Wir lassen uns gerne einladen, damit wir uns vorstellen können. Wir können uns an Euch wenden, wenn wir konkrete Unterstützung brauchen. Aber wir wenden uns auch an andere, denn unser Verein ist überparteilich. Wenn Euch etwas bekannt wird, wendet Euch an uns. Wir brauchen den gegenseitigen Austausch an Informationen.

Welche Erwartungen habt ihr an die Stadt Essen?

Dietlinde: Wir haben dem Integrationsrat einen Brief geschrieben, dass wir gern beratendes Mitglied werden möchten. Man sagte uns – vorläufig –, dass man sich entschlossen habe, das Anti-Rassismus-Telefon nicht aufzunehmen, weil wir eine Bürogemeinschaft mit Pro Asyl haben. Da könne doch Pro Asyl unsere Interessen mit vertreten.

Gabriella: Es ist unser Interesse, uns selbst zu vertreten im Integrationsrat.

Dietlinde: Als Begründung wird Raumnot angegeben. Der Raum sei so klein, da haben nur zehn weitere Mitglieder Platz. Das ist nur eine willkommene Ausrede, denke ich.

Aus dem Fanfarenchor Grün-Weiß Burgaltendorf entfernt: NPD-Funktionär Tristan K. (links am Transparent)

Wie seht Ihr die Entwicklung in unserer Gesellschaft? Menschen, die in Lohn und Brot stehen, verhalten sich sozialrassistisch gegenüber den Hartz-4-Leistungsberechtigten, die wiederum verhalten sich Asylbewerbern und Migranten gegenüber rassistisch. Wer als letzter in die Gesellschaft reinkommt und halbwegs integriert ist, macht gegenüber denen, die nachkommen, die Tür zu. Italiener gegen Türken, Türken gegen Afrikaner und so weiter.

Dietlinde: Jeder sucht sich jemanden, der noch tiefer steht als er selbst, auf den er treten kann. Teile und herrsche. Das ist aber kein Naturgesetz. Die Politik hat ein Interesse, die Leute zu spalten.

Gabriella: Ich halte Rassismus für die Hauptspaltung in der Gesellschaft. Das schwächt unsere Gesellschaft. Objektives Interesse wäre es, dass alle, die etwas einzufordern haben, zusammenhalten und nicht sehen, wer hat mehr, wer hat weniger.

Wie lautet Eure Antwort darauf?

Dietlinde: Es muss sich jeder klar machen, auch bei kleinen Dingen, dass man mit Rassismus in der Gesellschaft nicht leben kann. Deswegen sind wir aktiv!

Wir bedanken uns für das Gespräch.

Das Interview für den Essener Morgen führten Waltraut Steuer und Jörg Bütefür.

Anti-Rassismus-Telefon Essen

Das Anti-Rassismus-Telefon Essen trifft sich jeden Montag, ab 18.00 Uhr zur öffentlichen Vereinssitzung.
Friedrich-Ebert-Straße 30, 45127 Essen
(Nähe Unperfekthaus)

Telefon 0201 – 232060
Mehr zur Arbeit findet sich unter:
www.antirassismus-telefon.de

Das Telefon ist an Wochentagen von 14 – 16 Uhr besetzt

Das Anti-Rassismus-Telefon ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden können von der Steuer abgesetzt werden.

Die Bankverbindung:
Anti-Rassismus-Telefon Essen
Konto 277 012
BLZ 360 501 05 (Sparkasse Essen)

Aus der Arbeit im Bundestag:

Solidarität mit Schlecker- Beschäftigten

30.000 Beschäftigten droht nach der Insolvenz von Schlecker die Arbeitslosigkeit. Ihnen hat Ulla Lötzer gemeinsam mit Fraktionskollegin Sabine Zimmermann die solidarische Unterstützung der LINKEN im Bundestag erklärt „Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen bei Schlecker und Ihr-Platz, habt unsere uneingeschränkte Solidarität. Alle Energie muss jetzt darauf verwendet werden, eure Arbeitsplätze und die tariflichen Standards zu sichern. DIE LINKE unterstützt euch und ver.di deshalb gern in eurem Kampf.
Um die Arbeitsplätze bei Schlecker zu retten, müssen zuallererst Anton Schlecker mit seinem Familienbesitz, aber auch die Lieferanten und anderen Einzelhandelsketten ihren Beitrag leisten. Sie waren die Profiteure des ungezügelten Wettbewerbs der vergangenen Jahre,“

Öffentlicher Dienst hat Nachholbedarf

„DIE LINKE unterstützt die Tarifforderungen von Verdi“, erklärt die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Lötzer. „Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst haben ein Recht darauf, am Aufschwung beteiligt zu werden. Sie sorgen dafür, dass das Gemeinwesen rund um die Uhr funktioniert. Trotzdem bleibt die Einkommensentwicklung im Öffentlichen Dienst seit Jahren hinter der Gesamtwirtschaft zurück. Das muss in dieser Tarifrunde dringend korrigiert werden.
Auch wirtschaftspolitisch Hinsicht ist ein hoher Tarifabschluss sinnvoll. Er kann die Binnennachfrage steigern und damit einen Beitrag zur Überwindung der Krise in der Eurozone leisten. Schließlich ist die schwache Lohnentwicklung der letzten Jahre in Deutschland für das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht und die derzeitige Krise mit verantwortlich.“

Der TuNix-Minister und sein Aufschwung der Ungerechtigkeit

Als Insel der Seligen im Meer der Krise malt sich Bundeswirtschaftsminister Rösler im Jahreswirtschaftsbericht 2012 die Lage schön. Allen Ernstes erklärte er dem Bundestag, das Wachstum sei bei allen angekommen.
In ihrer Rede zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung hat Ulla Lötzer im Bundestag schonungslos die Wirklichkeit hinter den Kulissen der schwarz-gelben Selbstgerechtigkeit aufgedeckt:
Röslers angeblicher Aufschwung ist ein Aufschwung der Niedriglöhne, der Leiharbeit und der prekären Beschäftigung: Zwar ist die Zahl der Beschäftigten auf 41 Millionen gestiegen, nicht gestiegen ist jedoch die Zahl der Menschen, die von ihre Arbeit leben können: „1,2 Millionen Beschäftigte werden mit Armutslöhnen von 5 Euro abgespeist. Das ist ein Armutssektor, da ist bei vielen Menschen nicht der Aufschwung angekommen, sondern Armut, und dafür tragen sie die Verantwortung, Herr Rösler.“
Ein weiterer tiefer Riss in der angebliche Erfolgsbilanz der Bundesregierung: „8,4 Millionen Menschen in Deutschland sind unterbeschäftigt. Dazu zählen 2,9 Millionen Erwerbslose; 1,2 Millionen Menschen in der stillen Reserve sowie 2,2 Millionen Menschen, die gern ihre Teilzeit aufstocken würden.“
Nach der Diagnose der OECD trifft der Satz, dass die Armen immer ärmer, und die Reichen immer reicher werden, in keinem anderen Land mehr zu als in der Bundesrepublik. Doch statt hier gegenzusteuern, treiben Rösler und Merkel mit der Forderung nach Schuldenbremse und Lohnsenkungen in den Euro- Krisenländern die Spirale des Konkurrenzkampfes um immer niedrige Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen noch weiter voran.
„Dafür sollen dann die Menschen ‚Danke, Deutschland!‘ sagen? Das ist wirklich eine Verhöhnung“, beschreibt Ulla Lötzer die Haltung der Bundesregierung zu den Beschäftigten in Deutschland wie auch in Griechenland. Und schreibt dem TuNix-Minister die Gegenmittel ins Stammbuch: „Beenden Sie diese unwürdigen Arbeitsverhältnisse! Führen Sie einen gesetzlichen Mindestlohn ein! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Rechte und Bedingungen am Arbeitsplatz, das wäre eine Anerkennung der Leistung und der Würde der Menschen.“

Energiewende braucht Energieeffizienz und klare Konzepte

Mit steigenden Strompreisen zahlen die Endverbraucher für die Befreiung industrieller Großverbraucher von der Finanzierung erneuerbarer Energien. Mieter fürchten die überfällige energetische Sanierung ihrer Wohnungen wegen drohender Mieterhöhungen, und private Netzbetreiber können nicht garantieren, dass sie Offshore-Windparks an der Nordsee überhaupt ans Netz anbringen können.
Bei der Energiewende hakt es - sozial, ökologisch und technisch an allen Enden. „Mit ihrer gegenwärtigen Energiepolitik blockiert die Bundesregierung die Wende zu einer umweltfreundlichen, sicheren Energieversorgung“, stellt deshalb die Fraktion Die LINKE in ihrem Antrag „Energiewende braucht Energieeffizienz“ fest.
„Klimaziele und Energiewende können nur erreicht werden, wenn Energiekonzerne und industrielle Großverbraucher verpflichtet werden, sich an den Kosten und durch effizientere Nutzung auch an der Senkung des Energieverbrauchs zu beteiligen“, fordert Ulla Lötzer. „Doch die Bundesregierung verzichtet nicht nur auf wirksame eigene Konzepte, sie blockiert auch noch sinnvolle Vorgaben der Europäischen Union.“
So hatte die EU eine Verordnung vorgeschlagen, die entsprechend den Klimaschutzzielen eine jährliche Sanierungsquote von 3% beim öffentlichen Gebäudebestand, einen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung vorsieht, und alle Energieversorger mit der Drohung von Strafzahlungen darauf verpflichtet, jährlich 1,5% ihres Energieabsatzes bei den Endkunden einzusparen. Europaweit auf der Bremse steht hier wieder Tunix-Minister Rösler.
Die LINKE fordert deshalb die Bundesregierung auf, ihren hinhaltenden Widerstand gegen verbindliche europäische Richtlinien aufzugeben. Rösler und die Regierung haben zwar keinen Plan für die Energiewende, aber ein politisches Ziel: Die Gewinne der Konzerne zu schützen und sie mit Ausnahmeregelungen und vagen Hoffnungen auf wirkungslose Selbstverpflichtungen aus der finanziellen und ökologischen Verantwortung zu entlassen.
Die LINKE hat hingegen einen Plan für eine sozial gerechte Energiewende. Seine Eckpunkte sind:
- Übertragungsnetze in öffentlicher Hand und Rekommunalisierung der Verteilnetze sind Grundlagen für einen optimal koordinierten Netzausbau
- Stromversorger und –händler müssen zur jährlichen Einsparung von 1,5% ihres Energieabsatzes beim Endkunden, z.B. durch kostenlose Energieberatung verpflichtet werden.
- Die Befreiung industrieller Großverbraucher von den EEG- Kosten muss abgebaut und mit Anforderungen zur jährlichen Einsparung von 1,5% des Verbrauchs verbunden werden. So werden auch Anreize für die Erforschung neuer energiesparender Verfahren geschaffen
- Die energetische Sanierung von Wohnungen muss steuerlich so gefördert werden, dass für die betroffenen Mieter die Warmmieten nicht steigen.
- Effiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen müssen wieder voll gefördert und planmäßig ausgebaut werden.
- Aus dem Klimafonds der Bundesregierung dürfen keine Neubauten von Kohlekraftwerken gefördert werden.
- Zur Finanzierung eines Energiesparfonds von jährlich 2, 5 Millionen Euro wird eine Sondersteuer auf die Gewinne der Stromkonzerne aus dem Emissionshandel eingeführt.

Informationsgespräch beim VAMV Essen

Bei (von links nach rechts) Erika Biehn, Ute Zabel und Andrea Meyer vom Vorstand desEssener Verbandes Alleinerziehender Mütter und Väter informierten sich Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer und LINKE–Ratsfrau Gabriele Giesecke aus erster Hand über Probleme und Forderungen allein erziehender Eltern wie auch des Vereins selbst. Schnell klar war: Die Vertreterinnen der Essener LINKEN werden sich für eine Fortsetzung der mit 1800 Euro im Jahr ohnehin nicht gerade üppigen Förderung des Vereins durch die Stadt einsetzen. Denn ohne diese Förderung könnte die wichtige Beratungs- und Selbsthilfearbeit nicht fortgesetzt werden.

Breiten Raum nahm die Schilderung der haarsträubenden bürokratischen Probleme bei der Beantragung von Leistungen aus dem „Bildungspaket“ ein. Für DIE LINKE ist klar, dass sie sich für den Abbau unsinniger und schikanöser Verfahren in der Essener Verwaltung einsetzen wird. Nach Berlin nimmt Ulla Lötzer Vorschläge des Vereins mit, wie bei der anstehenden Neufassung des Unterhaltsvorschussgesetzes Verschlechterungen für die betroffenen Frauen verhindert werden können, und wird sich im Bundestag dafür einsetzen.

Die LINKE Essen diskutiert:

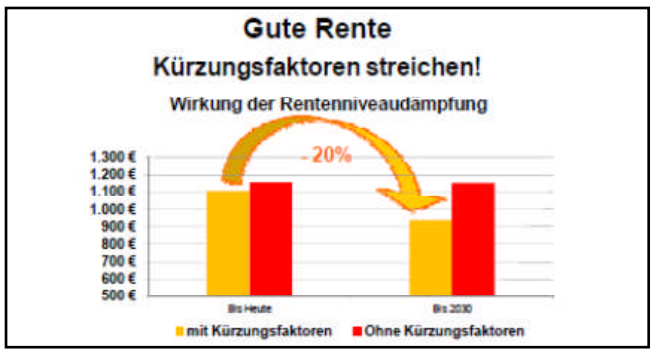
Solidarische Rentenversicherung – für ein gutes Leben im Alter.

Von Wolfgang Lindweiler

Der rentenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Matthias W. Birkwald aus Köln, stellte am 13. Februar 2012 in Essen vor, wie DIE LINKE durch eine solidarische Rentenversicherung mit integrierter solidarischer Mindestrente die Altersarmut verhindern will.

Ein schwieriges Thema wurde lebensnah erklärt, so verstand die Zuhörerschaft die Probleme des Rentensystems und die LINKEN Alternativen.

MdB Matthias W. Birkwald



Ein eingebauter Kürzungsfaktor sorgt für immer schlechtere Einstiegsrenten. DIE LINKE will eine gerechte Rentenformel.

Einig waren sich die Essener LINKEN, dass eine solche solidarische Mindestrente nötig ist. Nur so kann der von der Bundesregierung mit ihren Vorschlägen für eine „Kombi-Rente“ eingeschlagene Weg in eine Gesellschaft, in der Altersarmut immer mehr Menschen zum „Malochen bis zum Tode“ in schlecht bezahlten Minijobs zwingt, versperrt werden. Kontrovers diskutiert wurde hingegen die dafür erforderliche Höhe der solidarischen Mindestrente.

Zunächst schilderte Birkwald eindringlich die aktuelle Situation: Immer mehr Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen können im Alter nicht mehr von ihrer Rente leben.

Schon heute erhält ein Drittel aller Rentnerinnen und Rentner weniger als 600 Euro im Monat, schon heute sind mit 412.000 Betroffenen 60 % mehr Rentnerinnen und Rentner auf die am Elendsniveau von Hartz 4 ausgerichtete „Grundsicherung“ in Höhe von 678 Euro angewiesen. Zwei Drittel der Betroffenen sind Frauen.

Gleichzeitig, so hatte Birkwald im Spätsommer letzten Jahres mit einer Anfrage im Bundestag enthüllt, wuchs seit 2000 die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner, die ihre Rente mit einem Minijob aufbessern, um 60 % auf 770.000; mehr als 108.000 von ihnen sind sogar 75 Jahre oder älter.

Altersarmut-Ausgangslage und Ursachen

So haben viele Menschen Angst vor Altersarmut. Zu Recht, denn ihnen wird durch Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und Hartz 4 jede Chance genommen, eine auskömmliche Rente zu erarbeiten. Und mit der „Rente erst ab 67“ ist ein weiteres Absinken der Renten zusätzlich zur strukturellen Benachteiligung von Frauen in das System eingebaut: Noch 2000 bekamen „langjährig Versicherte“ beim Renteneintritt noch eine Durchschnittsrente von 1.021 Euro , 2010 nur noch 919 Euro. Und die sogenannten Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel garantieren Jahr für Jahr ein weiteres Absinken.

Um die im Parteiprogamm Der LINKEN formulierten Ziele einer gesetzlichen Rente deutlich über der Armutsgrenze und einer solidarischen Mindestrente als Schutz vor Altersarmut in praktische Politik umzusetzen, muss sich Linke Rentenpolitik, so Birkwald, strategisch an einem doppelten Dreiklang orientieren:

Der erste Dreiklang „Gute Arbeit, gute Löhne gute Rente“.

Arbeits- und Rentenpolitik müssen so verbunden werden, dass sich Beschäftige auch ohne private Zusatzversicherung wieder gesetzliche Renten erarbeiten können, die den Lebensstandard sichern und deutlich über der Armutsgrenze liegen. Dieses Ziel der gesetzlichen Rentenversicherung hat schon Rot-Grün mit der Einführung der Riester–Rente aufgegeben, die große Koalition hat mit der Einführung der „Rente erst ab 67“ dieses Zerstörungswerk fortgesetzt.

Dazu müssen erstens Leiharbeit, Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung überwunden werden, zweitens muss die Entwertung von Rentenansprüche durch „Rente erst ab 67“ und Dämpfungsfaktoren abgeschafft werden.

Doppelter Dreiklang linker Rentenpolitik

Eine gute Rente muss von allen Erwerbstätigen getragen werden, auch Selbständige, Politiker und Beamte müssen Beiträge zahlen. Eine gute Rente organisiert den sozialen Ausgleich, deshalb müssen auch für Hartz 4-Empfänger wieder Rentenbeiträge gezahlt und die vorwiegend von Frauen geleistete Erziehungs- und Pflegearbeit stärker für die Rente angerechnet werden.

Der zweite Dreiklang heißt: „Mindestsicherung, Mindestlohn und Mindestrente“.

Der erste Dreiklang folgt weitgehend dem sogenannten „Äquivalenzprinzip“: Der tief im Alltagsbewusstsein verwurzelten Logik, dass die Rente den eingezahlten Beiträgen und somit einer überwiegend an der Teilnahme am Erwerbsleben bemessenen Lebensleistung entsprechen soll.

Weil das Grundgesetz, so Birkwald in der Diskussion, die Würde des Menschen und nicht die Würde des Beschäftigten schützt, muss sich dieser zweite Dreiklang am Prinzip der Solidarität orientieren: Allen Menschen haben unabhängig von ihrem Erfolg im Erwerbsleben das Recht auf ein Leben in Würde ohne Altersarmut.

Deshalb will die LINKE eine aus Steuermitteln finanzierte solidarische Mindestrente, die nach Beschluss des Parteivorstandes aktuell bei 900 Euro liegen soll.

Zwei Dreiklänge, (K)ein Misston ?

Als Schutz vor Altersarmut soll jede und jeder über 65 diese solidarischen Mindestrente von der Rentenversicherung erhalten, der/die eigene Rentenansprüche nur unterhalb der 900-Euro-Grenze hat; diese Ansprüche werden allerdings angerechnet. Unabhängig davon, ob und wie lange Rentenbeiträge gezahlt wurden, ob eine private Rentenversicherung abgeschlossen wurde. Einzige Bedingung ist eine moderate Bedürftigkeitsprüfung. Frei bleibt ein Schonvermögen von 70.000 Euro sowie selbstgenutztes Wohneigentum bis zu einer Größe von 130 qm.

Heiß diskutierte die Essener LINKE, ob eine solidarische Mindestrente in der von Parteivorstand und Bundestagsfraktion vorgeschlagenen Höhe von 900 Euro wirklich ausreicht, um Altersarmut zu überwinden. „Wir müssen das Notwendige fordern statt uns nur am Möglichen zu orientieren,“ argumentierten die KritikerInnen für ihre mit Berechnungen Berliner Armutsforscher zum Existenzminimum begründete Forderung nach einer solidarischen Mindestrente von mindestens 1050 Euro. Insbesondere bei hohen Mieten führe die vom Parteivorstand beschlossene Forderung nach nur 900 Euro nicht aus der Altersarmut, zudem sei sie mit den Ergebnissen der Armutsforschung nicht zu begründende willkürliche Zahl. Dass in der Armutsforschung je nach Berechnungsmethode aktuell Armutsgrenzen zwischen 750 und 1100 Euro gängig seien und Belastungen durch hohe Mieten zusätzlich durch Wohngeldansprüche ausgeglichen werden könnten, lauteten Gegenargumente.

Im Kern der Debatte steht die Frage, ob der LINKEN die Verbindung zwischen den beiden Dreiklängen gelungen ist: Die Schnittstelle zwischen dem leistungsbezogenen Prinzip der Lebensstandardsicherung und dem solidarischen Prinzip der Mindestrente muss so beschaffen sein, dass Langzeiterwerbslose wie Beschäftigte mit niedrigen Einkommen sie als gerecht empfinden. Sonst können sie mit Sozialneiddebatten gegeneinander ausgespielt werden, statt sich gemeinsam gegen Altersarmut zu wehren.

Ob, wie von den Kritikerinnen befürchtet, die Forderung von 900 Euro für die solidarische Mindestrente die Glaubwürdigkeit der LINKEN gefährdet, weil sie von vielen als zu niedrig angesehen wird, oder es eher schwierig wird, Menschen mit hart erarbeiteten kleinen Renten davon zu überzeugen, dass es mit weniger als 900 Euronicht geht, wird die Essener LINKE in Erfahrung bringen – beim gemeinsamen Werben für eine Rentenpolitik, die Altersarmut verhindert.

Termine

Donnerstag, 23. Februar
Erwerbslosenfrühstück der BG45 e.V., 10.00 bis 13.00 Uhr, Luthergemeindehaus, Kerkhoffstraße 22b, West (Eingang Martin-Luther-Straße)

Montag, 27. Februar
Essener Friedensforum: Filmveranstaltung „Todesstaub“, Film über radioaktive Munition und Diskussion mit Regisseur Frieder Wagner, 20.00 Uhr, Astra-Filmtheater, Teichstr. 2, Innenstadt

Dienstag, 6. März
DIE LINKE. Stadtteilgruppe Rüttenscheid: „Der Winterschlaf ist vorbei – raus auf die Straße!“, 19.00 Uhr, Gaststätte „Rheinischer Hof“, Hedwigstraße 11, Rüttenscheid (Nähe Stern)

Mittwoch, 7. März
Linksjugend [’solid] Essen: Neugründungstreffen, Thema: „Was ist unsere Zukunft?“, mit Dr. Carolin Butterwegge (MdL DIE INKE. NRW), 18.00 Uhr, Geschäftsstelle DIE LINKE, Severinstraße 1, Innenstadt (Nähe Rathaus)
DIE LINKE. Herne:“„Der NRW-Haushalt und seine Auswirkungen auf die Kommunen“, 19.00 Uhr, Geschäftsstelle, Hauptstr. 181, Herne

Donnerstag, 8. März
Attac-Netzwerk Essen: Vollversammlung, 19.00 Uhr, ESG-Brücke, Universitätsstraße 19, Uni Essen

Freitag, 9. März
DIE LINKE. Dortmund: „Freiheit statt Kapitalismus“, mit Sahra Wagenknecht, 19.00 Uhr, Dietrich-Keuning-Haus, Leopoldstr. 50, Dortmund
Karl-Liebknecht-Club Bottrop: „Wer sind die Grauen Wölfe?“, Gespräch mit Serdar Yüksel (MdL-NRW, SPD), 19.00 Uhr, Jugendkombihaus in der Ruhrölstraße 3a, Bottrop

Samstag, 10. März
DIE LINKE. Essen: Jahreshauptversammlung, 10.00–16.00 Uhr, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17, Südviertel (Nähe Hbf)
DIE LINKE. Oberhausen: „Frauen gegen Rechts“, 15.30-18.00 Uhr, Linkes Zentrum, Elsässer Str. 19, Oberhausen

Sonntag, 11. März
Anti-Atom-Demo in Gronau, Bus(se) ab Essen Hbf, Abfahrt 10.00 Uhr, Karten bei der Geschäftsstelle DIE LINKE, Severinstraße 1, Innenstadt (Nähe Rathaus), Tel. 17543313
DIE LINKE. Herne: „Weil es uns gibt – Frauen in Betriebsräten“, Brunch mit Susi Neumann, 11.00-15.00 Uhr, Geschäftsstelle, Hauptstr. 181, Herne

Mittwoch, 21. März
Essener Friedensforum: „Zum Anteil der Massenmedien an der Normalisierung des Krieges“, mit Prof. Dr. Jürgen Link, 19.00 Uhr, Volkshochschule, Burgplatz (Innenstadt)
DIE LINKE. Stadtteilgruppe Essen-West, 19.00 Uhr, Gaststätte „Haus Kalthoff“, Kleine Lenbachstr. 3 (Holsterhausen)

Grüne Harfe:

Moderationsergebnis nicht voll umgesetzt

Foto: Stefan Dolge

Die für den Bebauungsplan „Grüne Harfe“ notwendige Beteiligung der Öffentlichkeit wird eingeleitet. Das beschloss der Ausschuss für Stadtplanung und -entwicklung (ASP).

ThyssenKrupp will auf der rund 11 ha großen Ackerfläche in Werden bis zu 200 Wohnungen errichten; seit Jahren gibt es heftige Proteste. Ein mehrere Monate langes moderiertes Verfahren sollte zu einem Kompromiss führen, doch dieser ist noch nicht in „trockenen Tüchern“.
Der Rat hatte beschlossen, dass nicht mehr als „ca. 100“ Wohneinheiten gebaut und ein Grünanteil von 40% eingehalten werden sollten. Nun sieht der Bebauungsplan bis zu 112 Wohneinheiten vor. Der Grünanteil liegt bei zwei Entwürfen um bis zu 10% unter den Vorgaben. Das ist offensichtlich die Handschrift von ThyssenKrupp. Der Konzern hat die Ergebnisse der Moderation nicht akzeptiert, für ihn ist eine möglichst hohe Anzahl von Wohneinheiten eine Frage der Profitmaximierung.

Hinzu kommt: Weder die vorgesehene Bedarfsanalyse, noch das Verkehrsgutachten für Werden liegen vor. Beide sind laut Ratsbeschluss Voraussetzungen für die Entscheidung. Auch wenn die Verwaltung zusicherte, dass das erste Gutachten bis März, das zweite bis zum Sommer vorliegen würden: In die Bürgerbeteiligung können sie bestenfalls zum Teil einfließen.
Die Bürgerinitiative Werden stellte bereits fest, dass „die Mindestvorgaben ... nicht ausreichend berücksichtigt wurden.“ Die Bezirksvertretung IX schloss sich an und forderte die Verschiebung der Bürgerbeteiligung in den Mai. Doch bei lediglich einer Enthaltung aus der Fraktion DIE LINKE beschloss der ASP die Einleitung der Bürgerbeteiligung schon jetzt.

Am 5. März 2012 wird eine Bürgerversammlung in Werden stattfinden. Auf die Ergebnisse ist nicht nur die Bürgerinitiative gespannt. Bei der Entscheidung geht es auch darum, wie glaubwürdig die politischen Gremien mit den Ergebnissen des Moderationsverfahrens umgehen.

Wolfgang Freye, Ratsherr DIE LINKE und Vertreter im Planungsausschuss

Foto: Stefan Dolge

Winterdienst demokratisch – oder doch nicht?

Für einigen Wirbel sorgte die Initiative der LINKEN, die Anwohner künftig über das Streuen ihrer Straßen mit bestimmen zu lassen.

Die Sachlage: Die Stadt finanziert den Winterdienst über Gebühren, die die Anwohner der Straßen im Streuplan verpflichtend bezahlen müssen. Die Straßen, die nicht im Streuplan stehen, müssen von den Anwohnern selbst geräumt werden. Ebenfalls verpflichtend. Und alle Jahre wieder beschweren sich Anwohner darüber, dass bei Ihnen nicht geräumt wird.
Die Idee: Wenn die Stadt schon mal rausfährt und Straßen räumt, dann kann sie doch problemlos die anliegenden Straßen mit räumen, deren Anwohner das bezahlen WOLLEN.
Das Problem: Die Stadt sah hier rechtliche Hindernisse, die wir nicht alle spontan entkräften konnten. So wäre dieses Angebot keine Pflichtaufgabe mehr, und die Finanzierung über Gebühren wäre damit nicht möglich. Die Auftragserteilung über privatwirtschaftliche Verfahrenswege steht vor dem Problem, wie man mit einer Minderheit von Anwohnern umgeht, die nicht mit bezahlen wollen.
Somit wandert der Antrag erstmal in die Schublade, zur Wiedervorlage. Verlasst euch drauf!
Götz Lange, Referent der Fraktion DIE LINKE. Im Rat der Stadt Essen

Termine

Samstag, 24. März
DGB Essen: „Schikane und Mobbing“ mit Günter Wallraff, 11.00–13.30 Uhr (Einlass ab 10.30 Uhr), Aula des Burggymnasiums, Burgplatz 4, Innenstadt

Samstag bis Montag, 7. bis 9. April
Ostermarsch Rhein-Ruhr: Auftakt am Samstag, 10.30 Uhr am Kuhtor in Duisburg, Kundgebung um 14.00 Uhr am DGB-Haus Friedrich-Ebert-Str. in Düsseldorf.
Sonntag Fahrradetappe Essen-Gelsenkirchen-Herne-Bochum, Treffen um 9.00 Uhr, Willy-Brandt-Platz, Essen
Montag 11.00 Uhr Auftaktkundgebung in Bochum-Werne, Abschlussveranstaltung 16.00 Uhr im Wichernhaus, Dortmund-Nordstadt

Mittwoch, 11. April
DIE LINKE. Essen: Mitgliederversammlung zum Thema „Optionskommune“, 19.00 Uhr, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17, Südviertel (Nähe Hbf)

Jeden Montag
Anti-Rassismus-Telefon Essen: Offener Treff, 18.00 Uhr, Friedrich-Ebert-Straße 30, Innenstadt (Nähe Unperfekthaus)

Hartz4-Beratungen
Alle Termine der Offenen Hartz4-Beratungen unter www.bg45.de

Bezirk 3

Hände weg von unseren Bürgerämtern, sagen die Bürger!

Von neun Bürgerämtern sollen sechs geschlossen werden, so sieht es ein Kürzungsantrag der Verwaltung aufgrund eines einzigen Bürger-„Sparvorschlages“ vor.
In allen Bezirksvertretungen wurde der Antrag 2011 abgelehnt, nur die Borbecker BV verteilte im vorauseilendem Gehorsam das Fell, bevor der Bär getötet war, und stellte einen Antrag auf Übernahme von ein paar bürgeramtlichen Filetstückchen.
Die Stadtteilgruppe DIE LINKE. in Essen-West wollte aber mehr wissen und nahm diesen Bürgervorschlag zum Anlass, die Bürger zu befragen (wir berichteten).
Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Rund 87% der Befragten lehnen die geplanten Schließungen der Bürgerämter und die Verlagerung der Ämter nach Steele, Borbeck bzw. in den Gildehof ab. Sie bescheinigten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bürgerämter, denen die Schließung droht, Bestnoten für ihre Arbeit: 91% der Befragten bewerteten die Arbeit mit „gut“ bis „sehr gut“.
In der Februar-Sitzung des Ausschusses für Ordnung meldete die SPD nun plötzlich Beratungsbedarf an, zögerte so die Entscheidung in den März hinaus und orientierte sich weder an den Ablehnungsempfehlungen der Bezirksvertretungen noch am Bürgerwillen. Für DIE LINKE. ist klar, dass die Schließungen abzulehnen sind.

Susanne Kreuzer, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. in der BV 3
Heike Kretschmer, Stadteilgruppe Essen-West

Bezirk 5

Kinderärzte im Essener Norden: LINKE fordert Handeln statt Hoffen

Wird die „Großstadt für Kinder“ nun ein Medizinisches Versorgungszentrum beantragen?

Im Dezember 2011 erfuhren wir aus der Presse, dass 2 Bewerber in Sachen Kinderarzt für den Essener Norden gefunden wurden. Also doch kein Kinderärztemangel?

Die Kassenärztliche Vereinigung rechnete mit einem positiven Bescheid der zuständigen Zulassungsstelle. Altenessen gilt mit etwa 62,3 Prozent als „nicht ausreichend versorgt“. Nach einer Statistik kamen im ganzen Bezirk Altenessen, Karnap, Vogelheim zuletzt über 10.000 (!) minderjährige potenzielle Patienten auf nur zwei Kinderärzte. Doch die sich abzeichnende Lösung scheiterte durch das neue Versorgungsstrukturgesetz, welches am 1. Januar 2012 bundesweit in Kraft trat. Wieder informierte die Presse - und nicht Sozialdezernent Renzel (CDU) - die Öffentlichkeit und die Bezirkspolitiker.

Dieses Scheitern ist eine Katastrophe für die unterversorgten Kinder und Jugendlichen im Bezirk. Ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in der Essener City sollte eine Zweigstelle im Norden eröffnen. Da das Essener Projekt jedoch eine physiotherapeutische Leitung beinhaltete, konnte hier aufgrund der Änderungen im Versorgungsstrukturgesetz, welches einen Ärztlichen Leiter vorsieht, nur scheitern. Die Frage stellt sich jedoch: Waren die Voraussetzungen im Sozialdezernat nicht bekannt?

Doch das neue Versorgungsstrukturgesetz beinhaltet auch positive Veränderungen: So kann die Kommune selber ein MVZ beantragen und Ärzte in Eigenregie anstellen. Ob unsere Kinder jedoch eine Lobby in der selbst ernannten „Großstadt für Kinder“ haben? Hier ist nun die Stadt, konkret Dezernent Renzel (CDU) gefordert – der Antrag aus der Bezirksvertretung läuft seit Mai 2010; DIE LINKE wird die Entwicklung, falls es diese gibt, genau beobachten!

Birgit Petereit, Bezirksvertreterin für DIE LINKE im Stadtbezirk 5

Neuanfang im Integrationsrat

Am 18. Januar 2012 wurde Samir Fetic (Grüne) einstimmig zum Vorsitzenden des Integrationsrates gewählt. Er löst damit den langjährigen Vorsitzenden Muhammed Balaban ab, der nicht wieder angetreten war. Mit der Wahl will der Integrationsrat einen Neustart deutlich machen (wir berichteten).

DIE LINKE unterstützte den Wechsel an der Spitze, weil der bisherige Vorsitzende Balaban durch seine halbherzige Distanzierung von den „Grauen Wölfen“, einer rechtslastigen und rassistischen Organisation, die Anliegen des Integrationsrates nicht mehr glaubwürdig vertreten konnte. Die „Allianz der Essener Türken“, der auch Balaban angehört, stellt als stärkste direkt gewählte Liste mit Harun Kazoglu jetzt den 1. stellvertretenden Vorsitzenden. Weitere StellvertreterInnen sind Esma May (CDU) und Ayman Issa, Vertreter der libanesischen Familienunion.

Gabriele Giesecke vertritt DIE LINKE im Integrationsrat

Bezirk 5

Bündnis für den Norden

DIE LINKE. und Freier Essener Norden gründen Fraktionsgemeinschaft

Am 24. Januar 2012 haben die Vertreter der Linken und der Fraktion Freier Essener Norden in der Bezirksvertretung 5 die Gründung ihrer Fraktionsgemeinschaft bekannt gegeben.

Die neu gegründete Fraktionsgemeinschaft ist die drittstärkste in der Bezirksvertretung und wird sich unter dem Namen „Fraktionsgemeinschaft in der Bezirksvertretung 5 DIE LINKE/Freier Esse-ner Norden“ mit vereinten Kräften für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Bezirk 5 einsetzen.

Birgit Petereit, für DIE LINKE in der Bezirksvertretung: „Wir brauchen eine starke linke Kraft für den Essener Norden. Der Gründung dieser Gemeinschaft ist eine lange und gute Zusammenarbeit vo-rausgegangen. Ob es um Kinderärzte für den Essener Norden geht, um Online-Übertragung von Sitzungen oder die Verhinderung der A 52-Durchstreckung – auf den Freien Essener Norden war immer Verlass.“
Dieter Stodiek, Fraktionsvorsitzender Freier Essener Norden: „Wir ziehen in vielen Fragen seit län-gerem an einem Strang und sehen große inhaltliche Gemeinsamkeiten. Der Zusammenschluss ist da nur folgerichtig. Wir werden unsere Arbeit auf der Grundlage des Kommunalwahlprogramms der Essener LINKEN weiterführen, mit dem wir sehr gut übereinstimmen.“
Heinz Neumann, als dritte starke Kraft in dieser Fraktionsgemeinschaft, hat durch sein verantwor-tungsvolles Engagement diesen Weg vehement unterstützt. Er ist ein gestandener Kommunalpoli-tiker mit langjähriger politischer Erfahrung in der Bezirksvertretung 5 und trägt mit besonderem persönlichen Einsatz zum Erfolg der Fraktionsgemeinschaft bei.

Dieter Stodiek, Bezirksvertreter für die Fraktionsgemeinschaft in der BV 5

Stellenanzeige

2 Kinderärztinnen/Kinderärzte
in der kinderfreundlichen Großstadt Essen/NRW ab sofort gesucht:

Ärztliche Leiterin der Interdisziplinären Frühförderstelle (IFF). Teilzeit, Bezahlung nach TvöD, angestellt bei der Stadt Essen.

Freiberuflicher Tätigkeit als **Kinderärztin/Kinderarzt,** Praxisart: Einzelpraxis, Standort im Essener Norden

In der grünen Ruhrmetropole finden Sie eine lebendige Karnevalskultur, die schönste Zeche und das schönste Museum der Welt. Die Stadt Essen verfügt (noch) über einen radelnden Bürgermeister.

Aussagekräftige Bewerbungen erbeten an:

Stadt Essen, z.H. Herrn Beigeordnetem Peter Renzel, Rathaus, Porscheplatz, 45121 Essen.

ESSENER ABEND

Die Kehrseite

Aufgetaucht: Ratsfrau Julia Kahle-Hausmann erzielt öffentliches Ansehen, indem sie sich politisch unabhängig macht.

Abgetaucht: Still und leise verabschiedet sich Projektentwickler Klaus Wolff aus der Entwicklung der Nordstadt.

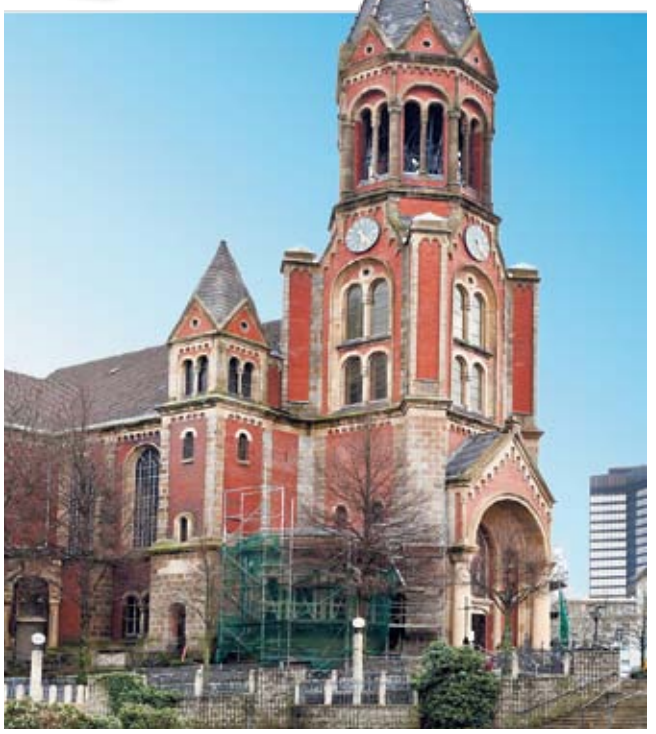
Nachgetreten

Kirchtumspolitik – mal anders

Von Ralf Fischer

Die Story hatte das Zeug zum Ruhrgebietsmärchen. Ein umtriebiger Sanierer namens Wolff ritt hoch zu Ross aus Stuttgart in die Stadt und tat uns kund: „Wer vorhat, etwas zu bauen, hat einiges vor sich. Nur wenn alle Elemente reibungslos ineinander greifen, alle Beteiligten planvoll das gleiche Ziel verfolgen, alle Gewerke optimal aufeinander abgestimmt sind, wird das Projekt gut gelingen.“ (Werbung der W+P Gesellschaft für Projektabwicklung mbH). Richtig erkannt: Da steht „Abwicklung“ im Namen, nicht „Entwicklung“. Gleich so ein hässlicher Versprecher, wo man das Nordviertel bloß sanieren und nicht gleich abreißen wollte!

Was vielleicht auch eine Idee wäre. Da fault das Parkhaus Rottstraße vor sich hin, weil Decken und Säulen nicht mehr tragen. Und die Kreuzeskirche bröckelt, weil man aus Geldnot die Dachrinnen nicht reinigt, so dass Wasser ins Gemäuer tropft. Nicht mal Beate Uhse kann uns trösten, auf und davon hat sie sich gemacht. Das Nordviertel, der letzte Schandfleck der Innenstadt, dämmert vor sich hin – mitten in der Glitzerzone zwischen dem schnieken Kaufhaus-Ei, dem nagelneuen Uni-Viertel und der aufgepeppten Rathaus-Meile! Alles muss schöner, neuer, besser werden, davon träumt die ganze Stadt. Da kam der Ritter aus dem Süden wie gerufen.



Ist die Kreuzeskirche noch zu retten? Foto: Stefan Dolge

Sogar die Kirche gab sich neuer Hoffnung hin. In einem glaubensübergreifenden Cross-Border-Geschäft verkauft sie ihr Gotteshaus für einen Silberling an den Sanierer, um es sogleich zurück zu mieten. Im Gegenzug soll dieser tun, was er versprach, und die Kirche rundsanieren. Doch vier Millionen hat er nicht, was tun? Es müssen ein paar Freunde her, ist guter Rat für unsren Wulff – äh – Wolff! Die Stadt ist willig und bereit, schnürt mit dem Allbau ein Großprojekt, lässt keine Wünsche offen. Schon träumt Sanierer Wolff von satten Honoraren, um heimlich davon abzuzweigen, was er für die Kirche braucht. Ein Auftrag wie gemalt im Wirtschaftswunderland.

Was kam dazwischen? Ach ja, der Regierungswechsel. Die neuen Herren im Rathaus erkennen, dass der Allbau in die Miesen rutscht und der Haushalt das nicht packt, lassen die Verträge platzen. Der Sanierer ist beleidigt und reitet aus der Stadt. Nur das Viertel bleibt ratlos zurück. Und Pfarrer Hunder hat es schwer getroffen, ist nicht mehr Herr im eigenen Gebälk. Jetzt bleibt nur noch die kleine Lösung: Der Kirchenbau wird abgerissen, macht Platz für Glas und Stahlbeton. Der Turm, für den das Geld noch reicht, der bleibt als Mahnmal stehen, auf dass noch viele Generationen sich still erinnern mögen: an hochfliegende Träume guter Freunde des Nordviertels.

Das Ergebnis allerdings passt zum Ruhrpott wie Faust auf Auge: Wo jede Stadt der nächsten nichts gönnt, da muss so ein Kirchturm einfach stehen bleiben!

Rätsel-Ecke

Zähle die Schlapphüte!

Überall werden wir beobachtet – von mehr oder minder schlauem Personal. Mal sieht man sie, dann wieder nicht, sie hören mit und schreiben alles auf. In dieser Ausgabe haben sich einige der geheimnisvollen Agenten versteckt, erkennbar am schwarzen Schlapphut. Was meinen Sie: Wieviele wurden auf uns angesetzt?

Unter allen Einsendungen, in denen die Anzahl der Schlapphüte richtig genannt wird, verlosen wir zwei Karten (oder eine Familienkarte) für die Ausstellung „Natur, Kultur, Geschichte des Ruhrgebiets“ im RuhrMuseum auf Zollverein.

Bitte senden Sie die Lösung auf einer Postkarte an: DIE LINKE. Essen, Severinstr. 1, 45127 Essen, oder schicken eine Email an essener-morgen@dielinke-essen.de. Einsendeschluss ist der 10. April 2012. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Beim letzten Mal waren zwei Fehler zu erkennen: Unser Fraktionsvorsitzender überreichte anstelle von Herrn Bayer (EBB) dem Kämmerer statt eines Schecks die schweizer Schokolade. Den Hauptgewinn zog Andreas M. aus der Norbertstraße. Aus dem Lostopf kam eine Saisonkarte für zwei Personen für das Eisenbahnmuseum Dahlhausen. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß damit!

Gedicht des Monats

Zahltag

So gut ging es uns noch nie. Unaufhörlich
werden die Mieten gesenkt. Ohne Unterlass
fallen die Preise. Die Schrippen
werden immer größer.

In Säcken schleppen wir am Zahltag
unseren Lohn nachhause. Zum Frühstück
trinken wir Sekt. Wir fahren Rolls Royce und essen
den Kaviar pfundweise.

In unseren Super-Jets fliegen wir nach Feierabend
für ein paar Stunden zu den Bahamas. Die ewigen Diamanten
hängen unseren Frauen schon
zum Halse heraus.

Bald wissen wir nicht mehr, wohin
mit unserem Geld. Demnächst werden wir
einen Fonds gründen müssen zur Unterstützung
notleidender Millionäre.

Volker von Törne (1934-1980)

& Frank Frei

Ein „Haus am See“

... füllt dieser Tage die Titelseiten. Der Kleingärtnerverband hatte in Eigeninitiative am Baldeneysee einen Regenunterstand für Spaziergänger errichtet. Bauliche und farbliche Gestaltung gefielen den Behörden nicht, nun streiten Befürworter und Gegner wie die Kesselflicker. Wir sind gespannt, ob es zum von der Stadt angeordneten Abriss kommt. Über Geschmack lässt sich wohl trefflich streiten.

Fördern

... möchten die Grünen die „ethnische Ökonomie“, also die wirtschaftliche Betätigung von Migrantinnen und Migranten, um „unsere Potentiale auszuschöpfen“ (Flugblatt). Doch nach einer Studie neigt die ethnische Ökonomie zu ausbeuterischen Bedingungen und weist eine Nähe zur Schattenwirtschaft auf. Ob das wirklich ein Beitrag zur Integration ist?

Das Stillleben

... wird fortgesetzt. Nach dem im Kulturhauptstadtjahr erfolgreichen „Stillleben“, als an einem Tag der Bär auf der A40 tobte statt der LKWs, wurde vielfach der Wunsch nach Wiederholung laut. Dem wird nun entsprochen: In den Sommermonaten wird die A40 für ganze drei Monate gesperrt. Für die Begleitmusik sorgen diesmal Presslufthämmer und Großraumbagger. Kann ja auch sehr kunstvoll klingen.

Schnell reagiert

... haben die Grünen auf den Austritt ihrer langjährigen Fraktionskollegin. Auf www.gruenerkv-essen.de/koepfe/gruene-ratsfraktion/julia-kahle-hausmann.html heißt es nun: „Uuuups! Leider scheint es die von Dir aufgerufene Seite nicht zu geben. Eventuell hast Du aber auch nur versucht eine geschützte Seite aufzurufen, bist aber nicht am System angemeldet. Melde Dich dann bitte hier am System an und probiere es noch einmal.“ Das nennen wir mustergültige politische Kommunikation!